

Es gilt das gesprochene Wort!

**„Anmerkungen zum Sozialbericht NRW 2007
aus der Sicht der katholischen Soziallehre“ -**

Statement von Weihbischof Grave

am 30. Mai 2007

im Jahrhunderthaus Bochum

Sehr geehrter Herr Minister Laumann,

Sehr geehrter Herr Schneider,

Sehr geehrte Damen und Herren,

der aktuelle Sozialbericht unseres Landes Nordrhein-Westfalen ist ein Monitor der Wirklichkeit. Er zeigt auf wissenschaftlich fundierte Weise das, was ich aus der Perspektive eines Bischofs und Seelsorgers selbst wahrnehme. Bei Visitationen und Pastoralbesuchen in den Pfarreien und Gemeinden komme ich regelmäßig mit vielen Menschen zusammen und erhalte dadurch auf sehr konkrete Weise Kontakt mit der sozialen Realität. Dieser Kontakt zeigt, dass es um Menschen geht, die sich in unterschiedlichen und mitunter auch problematischen Lebenslagen befinden. Die Nähe zu den Menschen zeigt noch deutlicher als ein Bericht, wo der Schuh drückt.

Herr Pfarrer Dr. Dr. Elmar Nass hat gerade in seinem Vortrag von der neuen Notwendigkeit einer „Wir-Identität“ gesprochen. Viele der gegenwärtig virulenten Probleme können nicht nur dem Einzelnen angelastet werden. Vielmehr müssen gesamtgesellschaftliche Probleme auch gemeinschaftlich bewältigt werden. Der Jesuit und Nestor der Katholischen Soziallehre Oswald von Nell-Breuning brachte dies mit dem einfachen Sprichwort „Wir sitzen alle in einem Boot“ auf den Punkt. Innerhalb der Katholischen Soziallehre nimmt das Solidaritätsprinzip einen zentralen Dreh- und Angelpunkt ein. Mit diesem Prinzip, so sagt Nell-Breuning, werde deutlich, dass „das gesellschaftliche Ganze und seine Glieder ... aufs engste schicksalhaft miteinander verbunden“ sind. Und weiter: „Soll es dem Ganzen wohl ergehen, dann muss es allen seinen Gliedern wohl ergehen.“ In diesem Sinn liegt das Gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ ganz auf der Linie von Nell-Breuning. Dort heißt es: „Solidarität meint zunächst die Tatsache menschlicher Verbundenheit und mitmenschlicher Schicksalsgemeinschaft. Wenn Menschen aufgrund von Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten oder wechselseitigen Abhängigkeiten entdecken, dass sie trotz vielfältiger Unterschiede dennoch ein „wir“ bilden, kann aus dieser Tatsache ein Impuls zu solidarischem Handeln entstehen.“

Eines der schwerwiegendsten gesellschaftlichen Probleme ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit. Zwar gibt es zaghafte Anzeichen für eine leichte Trendwende. In den Ruhrgebietsstädten liegen die Arbeitslosenquoten jedoch immer noch im zweistelligen Bereich; Spitzenreiter sind

Gelsenkirchen mit 15 % und Duisburg mit 14,7 %. Die nüchternen statistischen Daten zeigen an, was ich in persönlichen Begegnungen immer wieder erfahre. Menschen, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, finden keinen Arbeitsplatz. Dadurch ist ihnen eine zentrale Komponente der Verwirklichung ihrer Möglichkeiten genommen. Die Arbeitszyklika *Laborem Exercens* von Papst Johannes Paul II. betont mit Nachdruck, dass die Arbeit eine „fundamentale Dimension der Existenz des Menschen auf Erden“ darstellt. Arbeit ist also wie ein Fundament, ein Grundstein eines Gebäudes. Wenn dieses Fundament rissig wird und aus den Fugen gerät, kann das ganze Gebäude ins Wanken geraten und sogar einstürzen. Genauso verhält es sich mit der menschlichen Existenz. Arbeitslosigkeit kann zum Verlust grundsätzlicher Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten und zum menschlichen Zusammenbruch führen. Dabei geht es nicht nur um die Frage finanzieller Sicherung der eigenen Person und der Angehörigen, sondern auch um die Frage der anerkannten Arbeit – nicht nur der ehrenamtlichen. Arbeitslosigkeit tangiert die Menschenwürde und damit ein verfassungsgemäß garantiertes Grundrecht jedes Einzelnen. *Ora et labora* heißt es in der Ordensregel des heiligen Benedikt von Nursia, der damit die Arbeit auf die Ebene des Gebetes hebt und deutlich macht, dass das Werk der Hände und das Vertrauen auf Gott zum Wesen der menschlichen Existenz gehören. Für die Gegenwart heißt das, dass sich eine Gesellschaft aus der Perspektive der Katholischen Soziallehre niemals mit Arbeitslosigkeit abfinden kann. Ich möchte an dieser Stelle durchaus zuspitzen: Unverschuldete Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlicher Skandal!

Eine besondere Ausprägung der Arbeitslosigkeit ist es, wenn junge Menschen keinen Ausbildungsplatz finden und damit keinen den Einstieg in ein geregeltes Berufsleben erhalten. Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen jedoch ist eine solidarische Aufgabe der Gesellschaft, vor allem der Wirtschaft und eine Investition in die Zukunft der Wirtschaft. Im Rahmen von Betriebsbesuchen habe ich oft ganz konkret erleben können, dass gerade der Mittelstand einen Großteil der Ausbildung trägt. Dass die Zahl der Ausbildungsplätze für junge Menschen allerdings auch auf absehbare Zeit nicht ausreichen wird, schafft Schicksale und Perspektivlosigkeit. Das Bistum Essen hat sich in der Vergangenheit immer dieser Frage angenommen und tut dies auch weiterhin. Im Rahmen von Betriebsbesuche sind mehrere hundert zusätzliche Ausbildungsplätze „kollektiert“ worden in Initiativen „Für Ausbildung“ wie z. B. die „Klammer“ Wichtig waren auch die persönlichen Begegnungen mit den Ausbildern in den Betrieben, die aus erster Hand über die Ausbildungssituation berichten konnten. Ich will hier nicht auf die Fülle der einzelnen Probleme eingehen, aber doch darauf aufmerksam machen,

dass es zwischen der Schule und dem Übergang in ein Ausbildungsverhältnis Grundsatzprobleme gibt. Viele Betriebe machen darauf aufmerksam, dass die schulischen Voraussetzungen nicht ausreichen, um dem Anspruch einer erfolgreichen Ausbildung zu genügen. Im Rahmen eines Visitationsbesuches der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Oberhausen Anfang Mai habe ich mit dem für die Abschlussjahrgänge verantwortlichen Lehrer und schulischem Abteilungsleiter sprechen können. Er sagte: „Mir bereiten die leistungsschwächeren Jugendlichen Sorgen, das sind die 30 % eines Jahrgangs, die „nur“ einen Hauptschulabschluss ... erreichen werden. Diese Zielgruppe junger Menschen erfährt, dass es von Jahr zu Jahr schwerer wird, an einen Ausbildungsplatz zu kommen, denn die Anforderungen, die seitens der Betriebe an diese Ausbildungsplätze gestellt werden, sind einfach zu hoch. Verglichen mit ‚früher‘ gibt es heute nicht mehr die ‚einfachen‘ Ausbildungsplätze, bei denen es ausreicht, fleißig, zuverlässig, ordentlich, ‚willig‘ usw. zu sein.“ Die Chancen für eher praktisch Begabte junge Menschen sind offenbar sehr gering. Das ist eine Situation, die nicht einfach hingenommen werden kann! Der Arbeitnehmerrat im Bistum Essen sagte in seinem Aufruf zum 1. Mai dieses Jahres: „Es ist nicht zu verstehen, dass junge Menschen mit einem Hauptschulabschluss weniger Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben.“ Es gehört zur solidarischen Verantwortung einer Gesellschaft, hier Möglichkeiten zu schaffen. Ich kann nicht einsehen, dass junge Leute mit mehr praktischer Begabung weniger Chancen haben sollen. Ein besonderes Augenmerk ist hier auch auf junge Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder Lernbehinderungen zu richten. Bei einem Betriebsbesuch im Ausbildungszentrum der ThyssenKrupp Steel AG in Duisburg konnte ich erfahren, wie zum Beispiel gehörlose Jugendliche von besonders geschulten Ausbildern qualifiziert ausgebildet und hierdurch sozial und beruflich voll integriert werden. Ähnliches habe ich bei einem Besuch der HKM-Hüttenwerke in Duisburg erfahren, die unter der Beteiligung der Duisburger Werkkiste, einer Berufsförderungseinrichtung der katholischen Kirche, elf junge Menschen, die zunächst Startschwierigkeiten hatten, nach einer gründlichen Vorbereitungszeit in ein reguläres Ausbildungsverhältnis übernommen haben. Diese positiven Beispiele zeigen, welche Perspektiven es gibt. Es muss hier aber noch mehr geschehen.

Der Sozialbericht analysiert sehr detailliert die verschiedenen Formen und die Ursachen von Armut. Zu den wichtigsten Armutsrissen gehört die Elternschaft. Das Armutsrisko in Haushalten mit zwei Kindern beträgt rund 20 Prozent, mit drei Kindern bereits 38 Prozent und bei vier Kindern fast 55 Prozent. Im Vergleich dazu haben ältere Menschen in der Gesamtschau

ein im gesamtgesellschaftlichen Vergleich überdurchschnittliches Einkommensniveau. Noch schwieriger ist die Einkommenssituation in Familien mit einem allein erziehenden Elternteil, bei denen das Armutsrisiko doppelt so hoch liegt als bei Familien, in denen die Kinder von beiden Elternteilen erzogen werden. Für allein Erziehende ist es gerade dann, wenn kleine Kinder im Haushalt leben, sehr schwer, einer geregelten Berufstätigkeit nachzugehen. Im Hinblick auf dieses Armutsrisiko kann eine zuverlässige und qualifizierte Kinderbetreuung eine Hilfe sein, die deutlich gesehen werden muss. Ich sehe hier keine familienersetzende, sondern eine familien- oder elternergänzende Funktion, die dabei helfen kann, die Voraussetzung zur Erwerbstätigkeit und damit zur finanziellen Sicherung der Familie zu schaffen. Ziel muss es sein, Armutsrisiken zu minimieren. Solidarität mit Familien ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur den Familien selbst angelastet werden kann. Die demographische Entwicklung führt bereits jetzt zu einer modifizierten Verteilung der gesellschaftlichen Risiken zu Lasten der jüngeren Generation. Über die Frage der Sicherung von Renten und Pensionen darf die Familiengerechtigkeit nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Dr. Nass hat in seinem Beitrag darauf aufmerksam gemacht, dass ein weitgehender normativer Individualismus dazu führen kann, dass über Werte in erster Linie nach eigenen Nutzenerwägungen entschieden wird. Hier besteht die deutliche Gefahr der Entsolidarisierung. Bei allem Respekt vor der Eigenverantwortung des Einzelnen brauchen wir aber auch weiterhin eine solidarisch ausgerichtete Gesellschaft. Oswald von Nell-Breuning bringt das Wesen der Gesellschaft mit einfachen Worten auf den Punkt: „Die Gesellschaft besteht in den Beziehungen der Glieder zueinander; die Glieder ... wirken aufeinander ein und greifen bei diesem Aufeinander-Einwirken in vielfältiger Weise ineinander ein“. Eine zu starke Vereinzelung und eine Überhöhung der Interessen des Einzelnen führen dazu, dass das gesellschaftliche Ganze aus den Fugen gerät. Nell-Breuning ruft dazu auf, dass die gesellschaftliche Realität immer neu mit Blick auf die Gegenwart und die Zukunft ausgelegt werden muss und hieraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen sind.

An uns ist es, meine Damen und Herren, diese Konsequenzen zu ziehen und die Gesellschaft von heute für morgen zu gestalten.

Vielen Dank.